

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Mr. 267

Haftungsausschluß: Dr. Gernot Gräfe

Seite 11 von 11

第二章 地理大发现

1000

Eine Regierungskrise in Oesterreich

Vor dem Rücktritt Renners

Wien, 11. Jan. (Drucksbericht.) Die "Pol. Rund." veröffentlichte
später noch ein parlamentarisches Communiqué, in dem es heißt: Die
Krisis in der Koalition ist durch die Vorgänge in der heutigen
Sitzung der Nationalversammlung wesentlich verschärft worden.
Eine christlich-soziale Gruppe der deutschen Koalition ist gegen den
Staatssekretär für Heereswesen aufgetreten und hat die Forderung auf-
gestellt, daß die Vertrauenskämmerer der Soldaten zurückgezogen werden.
Der christlich-soziale Parteiführer Kunischak hat nicht nur den
Staatssekretär für Heereswesen gründlich beleidigt,
sondern auch ganz offen mit Sprengung der Koalition gedroht. Diese
Drohung ist von allen Seiten mit demonstrativem Beifall
aufgenommen worden. Angeleicht durch diesen Umstand haben Staats-
kanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und
Unterstaatssekretäre den Vorstand der sozialdemokratischen Abgeordneten
um die Ernächtigung ersucht, zu demissionieren. Der
Vorstand hat dieses Ersuchen zur Kenntnis genommen.

So könnte überflüssig werden, wenn in Brüssel zwischen den Alliierten ein Einverständnis erzielt werden würde.

Giolitti mit der Neubildung des italienischen Gabinetts bekannt.

Berlin, 11. Juni. (Wahlbericht.) Wie das "Berl. Tagebl." aus einer Quelle, die sich bisher niets als zuverlässig erwiesen hat, erjährt, hat der König von Italien gestern das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Ratti genehmigt und Giolitti mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Es verlaute, daß Giolitti bereits über die Verteilung der Ministerien im klaren sei und auch schon mit den betreffenden Kandidaten über die Uebernahme gesprochen habe, so daß die Krise voraussichtlich schon am heutigen Tage überwunden sein wird. Wie dem "Berl. Tagebl." ferner aus Rom gemeldet wird, nennt man als künftigen Minister des Aeußern den Volksäster de Martino oder den früheren Abgeordneten Bertolini. Sollte Giolittis Versuch scheitern, so dürfte der König vielleicht auf Orlando zurückgreifen, der ein persönlicher Freund Lloyd Georges ist. Giolitti soll die Absicht haben, bald einen Antrag einzubringen, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen Staatsmänner vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Tatsächlich wurde Salandra bereits in der gesetzten Kammer

Nach der Schlacht

Von
Meister Dr. Rüdiger, Jiffan.

Mitglied des Reichstages.

Die hinter uns liegende Reichstagswahl stellt sich dar als der zweite Kampftakt zwischen den Vertretern des zusammengebrochenen alten Systems und den Verfechtern einer neuen Staatsordnung. Der erste Kampftakt dieser Art war der Kapp-Putsch; er war rein gewaltfaher Natur und trug das Gepräge des alten Systems: mit mechanisch-militärischen Mitteln versuchten die Vertreter der Herrenkaste sich in den Besitz der politischen Macht zu setzen. Die jetzt mit der Reichstagswahl eingeleitete Kampfhandlung vollzieht sich zwar nicht in den rohen und plumpen Formen des Kapp-Pusches, sondern innerhalb des verfassungsmäßig gegebenen Rahmens, aber sie hat mit dem ersten Kampf das Gemeinsame, doch auch sie ausgeht von der gleichen Verkennung der psychologischen und realen Faktoren und Möglichkeiten des politischen Lebens, und doch auch sie dadurch — weit entfernt davon, eine Befundung unserer Verhältnisse herbeizuführen — die Gefahr innerer Zersetzung akut werden läßt. Von den Möglichkeiten, zu einer Entspannung unserer inneren und äußeren Lage zu kommen, hat das deutsche Volk mit den Wahlen die besten und wirksamsten aus der Hand gegeben. Das schmerzvollste hierbei ist, daß die meisten von denen, die sich zum Träger dieser Katastrophenpolitik gemacht haben, in einer auch durch die Ereignisse der letzten Jahre nicht gemilderten politischen Unreife die schicksals schwere Verantwortung ihres Handelns nicht erkennen. Ein großer Teil des deutschen Volkes macht sich immer noch nicht klar, daß der Faden des weltgeschichtlichen Geschehens nicht wieder dort angeknüpft werden kann, wo er im November 1918 oder im August 1914 abgerissen ist. In der an sich begreiflichen Sehnsucht, herauszukommen aus der Not und dem Elend, die uns als Erbteil des alten Systems überkommen sind, verlieren nur allzu viele jedes Augenmaß für die elementarsten Gebote der Gegenwart.

Wir müssen uns vollkommen darüber klar sein, daß unser ganzes Dasein sein Gepräge bekommt durch den verlorenen Krieg und den an seinem Ende stehenden völligen inneren und äußeren Zusammenbruch. Weder Krieg noch Revolution sind beendet. Wir stehen in beiden noch mitten drin. Der Krieg hat sein Ende noch nicht gefunden durch einen Frieden, das heißt durch einen Akt der Versöhnung, und die politische Revolution, die selbst noch nicht beendet ist, hat ihre naturnotwendige Ergänzung gefunden in der sozialen und wirtschaftlichen Revolution die sich jetzt vor unseren Augen vollzieht. Aus dieser unerträglichen Lage heraus den Weg ins Freie zu bahnen, war das Ziel der Koalitionspolitik. Durch niemanden ist die Arbeit nach diesem Ziel mehr erschwert worden, als durch diejenigen, die die Trümmerhäuser zurückgelassen haben, die es aufzuräumen galt. Diese innere Ablehnung der neuen Staatsordnung durch die Rechtsparteien hat in zwangsläufiger, volkspsychologischer Folge den Radikalismus der Linken gefördert und gestärkt, und nun geht diese radikale Strömung aus den Wahlen in einer Stärke hervor, die es wahrscheinlich macht, daß die bisher von dem ehrlichen Willen und der uneigennützigen Arbeit der Koalitionsparteien getragenen neuen Staatsordnung nicht nur, wie schon bisher, von rechts, sondern nun auch von links eine starke Ablehnung mit dem Ziele ihrer Beseitigung erfahren wird. Damit ist die revolutionäre Spannung im Innern von neuem bis zum Explosionspunkte gespannt. Die Abwanderung eines großen Teiles der nicht sozialdemokratischen Wähler aus der demokratischen Mitte nach rechts beraubt diesen Block der Mitte eines Teiles seiner Festigkeit, so daß es zweifelhaft ist, ob auch künftig an ihm die Brandungen von rechts und von links zerstochen werden. Die Wetterzeichen deuten links sowohl als auch rechts auf nahende Sturmfluten; treffen sie hemmungslos aufeinander, so gibt es ein Unwetter, in dem das mühsam über Wasser gehaltene Staats Schiff untergehen müßte. Die Tage der Regierungsbildung bereits werden den Kurs ahnen lassen.

Doppelt verhängnisvoll ist die gegenwärtige Entwicklung im Hinblick auf unsere außenpolitische Lage. Je mehr sich die Verhältnisse im Inneren Deutschlands konsolidiert hätten, um so eher wäre eine Entgiftung der verpesteten Atmosphäre eingetreten, in der Deutschland zu ersticken droht. Unträgliche Anzeichen dafür liegen vor, daß sich unter den Völkern der Welt die Erkenntnis durchringt, daß es in ihrem eigenen Interesse notwendig ist, dem deutschen Volke den nötigen Lebensraum zu geben. Durch nichts kann ein Fortschreiten dieser Erkenntnis mehr gehemmt werden, als durch eine innerpolitische Lage Deutschlands, die berechtigte Befürchtungen entstehen läßt, daß das eigene innere staatliche Leben des deutschen Volkes die Bahn der Konsolidierung verlassen hat und neuen Erschütterungen ausgesetzt sein wird. Niemals verlangte das Schicksal eines Volkes gebietischer eine Stärkung der ausgleichenden und versöhnenden politischen Richtung, als jetzt für das deutsche Volk. Dach aber nur eine starke Demokratie der Mitte Trägerin eines solchen Ausgleiches sein kann, war selbst für Leute mit bescheidenem politischen Intellekt klar erkennbar. Wenn dies so vielfach verkannt worden ist, so ist das ein äußerst betrübender Beweis dafür, daß auch heute noch ein erheblicher Teil des deutschen Volkes durch mehr oder weniger berechtigte Stimmungsmäßige Anwandlungen sich den Blick trüben läßt für die nächstliegenden realen Notwendigkeiten des politischen und des eigenen Interesses.

Die Stellung der deutschen Demokratie ist durch den Ausgang der Wahlen zu schicksals schwerer Verantwortung gesteigert worden. Sie wird ihre ganze Arbeit und Kraft dafür einsetzen müssen, daß die explosiven Spannungen zwischen rechts und links nicht zu revolutionären Entladungen führen, und daß der Gedanke immer dreifester Raum gewinnt: nur eine auf dem Boden der neuen Staatsordnung stehende Demokratie kann überleben.

eine Entspannung im Inneren und nach außen bringen. Hoffentlich kommt diese Erkenntnis dem deutschen Volke nicht erst dann, wenn es endgültig zu spät ist.

Die badischen Mehrheitssozialisten für die Linkskoalition

Aöln, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Aöln. "Post" meldet aus Karlsruhe: Die Sozialdemokratische Partei Badens hat nach eingehender Besprechung der politischen Lage beschlossen, daß der Eintritt der Unabhängigen in die Koalition als alleinige Lösung zu betrachten sei, und daß sie ihre Mitglieder aus der Regierung zurückziehe, falls die Unabhängigen nicht bereit seien, in die Koalition einzutreten.

Das widerspricht der heute morgen mitgeteilten Ansicht des badischen Regierungsblattes, wonach in Baden alles beim alten bleiben sollte.

Teilnahme der Demokraten an der Regierung in Bayern?

München, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Über die Regierungsbildung in Bayern ist zu melden, daß offiziell die Parteien noch nicht eine Stellung genommen haben. Eine parteiamtliche Erklärung der Demokraten wendet sich in durchaus sachlicher Weise an die Art und Weise, wie verschiedene Zentrumsländer und deutsch-nationalen Organe in Bayern bereits gegen die Demokraten vorgehen. Das der Erklärung geht klar und deutlich hervor, daß sie zwar offiziell noch nicht zur Regierungsbildung Stellung genommen haben, daß sie aber unter keinen Umständen vollauf befürworten, sondern sich an positiver Mitarbeit beteiligen werden.

Vertagung der preußischen Landesversammlung

Berlin, 11. Juni. (Drahtbericht.) Die preußische Landesversammlung, von der nun feststeht, daß sie nicht vor dem Herbst, wahrscheinlich sogar nicht vor dem Winter auseinandergehen wird, will nach einer kurzen Tagung im Laufe dieses Monats auf mindestens 8–10 Wochen in die Sommerferien gehen. Weder das Wahlgesetz noch die neue Verfassung werden also vor dem Oktober oder November verabschiedet werden können. An die Erledigung der großen und nicht nur für Preußen allein so außerordentlich wichtigen Verwaltungsgesetze ist vorläufig noch nicht zu denken.

Zwiespalt bei den Deutschen Nationalen

Die Deutschen Nationalen stellen ihre verfassungspolitischen Wünsche zurück.

Berlin, 11. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Gesamtlage hat sich seit gestern langsam weiter entwölft, wenn auch nicht geklärt, und mehr eine Zustellung der Konflikte als die Möglichkeit einer Lösung gezeigt. Die Deutschen Nationalen Korrespondenz veröffentlicht eine Erklärung, in welcher es heißt:

Unserer Schlummer in allen Parteien das Verlangen, dem Staate auf eine dem Ordnungsprogramm entsprechende Weise zu helfen. Nur kleinliche Parteipolitik hindert das Zustandekommen dieser gewissermaßen überall vorhandenen Interessenausdrückungen. Für die Bildung der neuen Regierung darf nicht die Abneigung oder der Zweckzug der einzelnen Parteien, sondern nur das große vaterländische Ziel maßgebend sein. Es kann also festgestellt werden, daß die Deutschen Nationalen bereit sind, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für die praktische Wiederherstellung findet.

Mit dieser Erklärung stellen sich die Deutschen Nationalen zum ersten Male positiv aus der Opposition heraus, auf den Boden praktischer Zusammenarbeit auch mit den Sozialdemokraten auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung. Dass diese Erklärung nicht etwa von allen Mitgliedern der Deutschen Nationalen Partei gebilligt wird, geht aus einer Scharfteilung hervor, die die "Deutsche Zeitung" heute an dieser Erklärung sieht. Sie meint, daß diese Neuerungen selbstverständlich keinen parteiamtlichen Charakter haben und daß die moralische Haftbarkeit des damaligen Herren oder Damen jazu sprechen sei, von denen sie ausgeht. Das Volk rückt von dieser Stellungnahme entschieden ab, indem es ausführt: "Das Zusammenspielen der Grundlagen, nur um in einem Abhängigkeitsvertrag zu werden, der irgendwohin führt, wohin man gut nicht will, mag auf sich nehmen, wer Lust hat. Parteien, die auf sich halten, sind zu gut dazu. Absehbar von dem Verfall an der eigenen Sache wird dadurch der Widerspruch im Parteien auch schwächer, als es der Natur der Dinge entspricht".

So beginnt sich bereits in der am weitesten rechts stehenden Oppositionspartei eine Scheidung der Geister vorzubereiten, die besteht, den Notwendigkeiten praktischer Gegenwartspolitik Rechnung zu tragen, was die um jeden Preis in der Opposition zu behalten wünschen. Die deutsche Reichstagsfraktion wird am Montag nachmittag geeignet sein könnten.

Das Weimarer Musikfest

Von unserem Sonderberichterstatter.

II.

Der zweite Tag des Weimarer Tonkunstfestes stand ganz im Zeichen der Moderne. Die "Linksklavier" in der Musik sind aufmarschiert. Das Gesamtergebnis des Abends aber blieb mit einer Ausnahme ziemlich negativ. Diese eine Ausnahme bildete die Sinfonie (D-Dur) in einem Satz von Eduard Erdmann. Der Komponist, ein blütender Künstler, erwies sich mit dieser Sinfonie als ein eingeschlossenes Kind unserer Zeit. Wie das deutsche Leben durch sein Hass, Jagen und Lärmen die viele klagte Nervosität erzeugt, so ist auch in der Musik Erdmanns die Waffenwirkung zum herrschenden Prinzip geworden, mit der die Entfaltung orchesteraler Kraft und Klangmaschinen un trennbar verbunden sind. Kurzum, mechanische und monotonie lähmende Motive droben lustig durchneidend, von Tonalität so gut wie keine Spur. Zu einer so chaotischen geprägten Kontrapunktskunst gesellt sich eine Vorliebe für enge Intervalle, für hart aufeinanderstoßende Schunden, für eins bohrende, eindringliche Chromatik und eine Endemone, welche die gemachte Akkordverbindungen ermöglicht. Eine Analyse löst die Sinfonie, weil gänzlich expressionsmäßig erfüllt, kaum zu. Erdmanns Stärke liegt im monumentalen Ausbau leidenschaftlicher Klanglandschaften. Hier kann der "junge Mann" das ganze Orchester ergriffen und ergeben lassen. Man darf nach diesem Werke mit Recht gespannt sein, was "Erdmann des Alters" später noch für Überraschungen bringen wird. Der Erfolg war lärmig. — Eingeschlossen wurde der Abend mit einer Ouvertüre, E. L. Hoffmann von Otto Beich. Nach einem Vermerk soll der Komponist Schiller-Humperdincks sein, was allerdings aus dem Werke kaum herauszuhören ist. Auch Beich verfügt über eine große Kraft der Gestaltung und einen außerordentlichen Sinn für Klangschattierungen; vorlängig klingt aber alles noch wie gähnender Mist. — Die Klärung kann noch lange auf sich warten lassen. Nach dieser Aufführung wirkten die darauf folgenden Skizzen für großes Orchester von Bruno Weigl wie eine Erlösung nach bösiger Jagd. Die Melodie kam hier wieder zu ihrem Rechte. Weigl darf, nach diesen Skizzen zu urteilen, zu den modernen Künstlern gezählt werden. — Weniger eindrucksvoll waren "Zwei Gedichte" von dem verstorbenen J. L. Meade. Leider versagte auch gänzlich die Sängerin Elli Sendler — die weder über eine erstaunliche Stimme noch über Ausdrucksfähigkeiten verfügt. — Als spiritus rector des Ganzen tat sich Dr. Peter Raabe rühmlich hervor. Sicherer und feinsinniger konnten die überaus schwierigen Werke nicht herausgearbeitet werden. Peter Raabe erwies sich in ihnen als durchaus mil-

lachtig zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung zusammenzutreffen, um sich mit der Lage zu beschäftigen.

Berlin, 11. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der "Post", die auf dem rechten Flügel der Deutschen Nationalen marschiert, wird der Gedanke eines Wiederaufbaus-Kabinetts in die Erörterung geworfen. Man solle nur an die Spitzen unserer Reichstags-Männer von persönlicher Unabhängigkeit, Sicherheit und bestmöglicher Eigenart stellen, die dem Reichstag verschlagnen, und dann solle man abwarten, ob die Parteien und Abgeordneten den Mut finden würden, ihre Vorschläge der Mehrheit zu verneinen. Gewiß, wer heute mitarbeiten solle, müsse auch bereit sein, diese Arbeit auf der Grundlage der heutigen Verhältnisse, d. h. der Weimarer Verfassung, zu leisten. Danaben aber sei es erlaubt, seinen Anschauungen freu zu bleiben. Daraus aber sei es erlaubt, behalten für Zeiten, in denen die Frage dieser Durchsetzung akut werden würde. Aber heute die Zusammenarbeit an der Möglichkeit späterer Differenzen scheitern zu lassen, sei engraverie Dammschiff oder politischer Wahnsinn.

Wie findet diesen Vorschlag deswegen bemerkenswert, weil sich die Deutschen Nationalen hier ebenso wie in ihrer Parteikorrespondenz zur positiven Mitarbeit auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung bereit erklärt haben. Die praktische Durchführung dieses Vorschlags würde aber an den gleichen Schwierigkeiten scheitern wie ein reines Beamten-, Geschäft- oder Wirtschaftskabinett. Denn die stiftigen Probleme, die in den Gegensätzen der Parteien ihren Ausdruck finden, sind ja eben nicht bloß politischer, sondern auch in hervorragendem Maße wirtschafts-politischer Natur, und, was die Führung der Reichsregierung selbst anbelangt, so ist ja gerade die Verantwortung der Kernpunkt des Problems. Die Arbeitslosigkeit würde eben in die Minister, auch wenn ihre fachliche Tüchtigkeit noch so unbestritten wäre, wenn sie aber politisch allzu weit rechts gerichtet wären, nicht jenes Vertrauen schenken, das der leitende Staatsmann in einer schwierigen Zeit für die Durchführung seiner Aufgabe braucht.

Frauen als Reichstagswahlwählerinnen

In Köln und Hannover haben die Männer und Frauen getrennt gewählt. In Köln sind in 204 von insgesamt 290 Wahlbezirken abgestimmt für

Zentrum	32 984 Männer	49 154 Frauen
Rechtssozialisten	36 295	24 134
Volkspartei	17 708	15 944
Unabhängige	18 245	8 973
Demokraten	6 554	4 677
Deutschnationalen	3 190	3 422
Jahnparken haben in 10 Wahlbezirken abgestimmt für:		
Rechtssozialisten	8 415 Männer	9 001 Frauen
Weissen	2 005	2 464
Zentrum	780	1 224
Demokraten	636	684
Volkspartei	2 103	2 637
Deutschnationalen	782	888
Unabhängige	3 187	2 688

Ein einheitliches Bild ergibt sich aus diesen Angaben der "Freiheit" noch nicht. Doch gerade die Unabhängigen mit den Frauen als Wählerinnen nicht zustimmen sind, kann auf Grund dieser Angaben nicht überprüft werden.

Weitere Mandate in Groß-Berlin

Berlin, 11. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Unter dem Vorstoss des Stadtrates Löhring sind gestern eine Sitzung des Wahlausschusses für die Reichstagswahl stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß die Zentrumspartei (Dr. Pfeifer) in Berlin 36 540 Stimmen und in Potsdam 23 204 Stimmen, insgesamt 39 744 Stimmen erhalten hat. Es fehlen somit 256 Stimmen, um das Mandat zu erhalten. Für die Deutsche Volkspartei sind in Berlin übermäßig 13 584 Stimmen und in Potsdam 47 800 Stimmen, so daß die Partei noch ein Mandat erhält. Die U. S. P. habe in Berlin übermäßig 30 007 Stimmen und in Potsdam 46 489 Stimmen, so daß auch diese Partei noch ein Mandat mehr erhält. Dagegen hat die Wirtschaftliche Vereinigung (Drewitz) in Berlin nur 25 249 und in Potsdam 18 352 Stimmen, also insgesamt 43 601. Diese Vereinigung hat also weder hier noch dort gezwungen Stimmen erhalten, um ein Mandat zu erringen.

Wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit Potsdam 1) 18 916 Stimmen, so daß die Partei noch ein Mandat erhält. Die U. S. P. habe in Berlin übermäßig 30 007 Stimmen und in Potsdam 46 489 Stimmen, so daß auch diese Partei noch ein Mandat mehr erhält. Dagegen hat die Wirtschaftliche Vereinigung (Drewitz) in Berlin nur 25 249 und in Potsdam 18 352 Stimmen, also insgesamt 43 601. Diese Vereinigung hat also weder hier noch dort gezwungen Stimmen erhalten, um ein Mandat zu erringen.

Man sieht heraus, daß das bisher mitgeteilte Ergebnis der Reichstagswahl nur als ein durchaus vorläufiges gewertet werden kann und bei der genauen Berechnung der Reststimmen noch die Möglichkeit von allerlei Veränderungen vorhanden ist, die bei der gegenwärtig unklaren politischen Lage einen überraschenden Ausgang zu geben.

Man sieht heraus, daß das bisher mitgeteilte Ergebnis der Reichstagswahl nur als ein durchaus vorläufiges gewertet werden kann und bei der genauen Berechnung der Reststimmen noch die Möglichkeit von allerlei Veränderungen vorhanden ist, die bei der gegenwärtig unklaren politischen Lage einen überraschenden Ausgang zu geben.

Der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567 Stimmen, die Zentrumspartei im Wahlkreis 5

gefragt, wie bei der Zentrumspartei in Frankfurt a. O. mit 41 567

Handels-Zeitung

* Interessengemeinschaft südamerikanischer Banken. Als Gegengewicht für die wieder auflebende Tätigkeit der deutschen Überseebanken in Süd- und Zentralamerika haben sich die British Bank of South America, die Anglo South American Bank und die Commercial Bank of Spanish America zu einer Interessengemeinschaft mit einer künftig zu befolgenden Geschäftspolitik zusammengeschlossen. Die beiden ersten Banken arbeiten in den südamerikanischen Staaten, während für die dritte besonders Zentralamerika in Betracht kommt.

* Berlinische Lebensversicherungs-Gesellschaft (Aktie Berl. 114). Der Zugang betrug in der Lebensversicherung 132.000.000 M. Versicherungssummen gegen 54.181.516 M. im Jahre 1919. Der gesamte Vermögensbestand ist auf 689.139.696 M. Ende 1919 gestiegen. Die Emission an Praktiken und Aktien erhöhte sich auf 57.333.873 M. An Zwangsversteigerungen war die Gesellschaft bei einem Hypothekenbestande von 304.860.602 M. bei 7 Grundstücken beteiligt; sie war nicht gestillt, irgend ein von ihr beliebte Grundstück anzutasten. Der Gesamtverlust beträgt 3.012.714 M. Die Gewinnabilität für die Aktienkurse und die Versicherten der Berlinischen sind bedeutend die gleichen gehoben wie in Vorigen.

* Englands Außenhandel im April. Wie aus London gemeldet wird, betrug der Wert der Einfahrt 166.333.616 Pfd. St. Das stellt eine Vermehrung von 55.088.486 Pfd. St. im Vergleich zu April 1919 dar. Der Wert der Ausfahrt betrug 106.251.692 Pfd. St. d. k. eine Vermehrung um 47.769.280 Pfd. St. Der Wert der Wiederausfahrt stellte sich auf 20.407.419 Pfd. St., was eine Verminderung um 7.000.961 Pfd. St. bedeutet.

Im Mai betrug der Wert der Einfahrt 166.333.616 Pfd. St. Das entspricht einer Zunahme um 30.721.323 Pfd. St. im Vergleich mit dem Mai des Vorjahrs. Die Ausfahrt erreichte eine Höhe von 119.319.422 (Zunahme 54.974.790) Pfd. St., die Wiederausfahrt bezifferte sich auf 20.260.078 (Zunahme 8.764.726) Pfd. St.

* Handelsbeziehungen zu Oberschlesien. Nach den Mitteilungen der Handelskammer Leipzig klagt die Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln darüber, daß Firmen im unbesetzten Deutschland gegenüber Oberschlesien Lieferungsbedingungen und Zahlungsverpflichtungen aufstellen, wie sie für Lieferungen nach dem Auslande gelten würden. Naßgumpf wird durch denartige Maßnahmen die obernau-ostpreußischen Kaufmannschaften verunsichern, die im Hinterland auf die künftigen Absatzmärkte im deutschen Interesse außerordentlich angewiesen sind. Die Handelskammer für das Regierungsbezirk Oppeln hält daher, darauf hinzuweisen, daß es sich um belauschtes Geburgen gegenüber Oberschlesien handelt und damit die Situation und die Abhängigkeit in Oberschlesien für Deutschland wach und rege erhitzen.

* Saccharinfabrik vorm. Fahlberg, List & Co. in Magdeburg. Wie die Verwaltung mitteilte, ist die im März beschlossene Kapitalerhöhung um 7% auf 15 Mill. Mark nunmehr vom Handelsministerium genehmigt worden. Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Geschäftsgang zurzeit außerordentlich günstig. Rohmaterialien für die verschiedenen Betriebsabteilungen sind für die nächsten Monate in genügender Menge vorhanden, so daß das Unternehmen bis Ende des Jahres voll beschäftigt ist. Es wird angestrebt, sich durch die Aufnahme eigener Fabrikation von Permanganat von der Einfahrt aus dem Auslande unabhängig zu machen.

* Deutschlands Zuckerverbrauch. Nach amtlichen Berechnungen wurden im deutschen Zollgebiet vom September 1919 bis März 1920 rund 11.23 Mill. Zentner Zucker in den Verbrauch übergeführt gegen 16.25 und 16.50 Mill. Zentner in den entsprechenden sieben Monaten der beiden vorangegangenen Betriebsjahren.

* Zucker zur Viehförderung ist in den sieben Monaten vom 1. September 1919 bis 31. März 1920 nach amtlichen Berechnungen im Deutschen Reich nur in Höhe von 2.800 Zentner abgegeben, während diesem Zwecke in den entsprechenden sieben Monaten des vorangegangenen Betriebsjahres rund 318.000 Zentner benötigt wurden.

* Die Ausfuhr von Rohrrecker aus Kubo erreichte im laufenden Betriebsjahr bis Anfang Mai den Umfang von 87.95 Mill. Zentner gegen 26.00 und 22.00 Mill. Zentner bis Anfang Mai in den beiden vorangegangenen Betriebsjahren.

* Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt. Das Fachblatt "Iron Age" schreibt in seinem Wochenbericht u. a. wie folgt: Ein wichtiger Faktor sind auch wie vor die noch nicht behobenen Störungen bei den Ablieferungen der gekauften Produkte. Die neue Kaufbewegung hat auf die Preisgestaltung keinen Einfluß. Der Streik ist im Verliefchen, und in einigen Gebieten ist für die nächsten 14 Tage eine schnelle Besserung der Geschäftstätigkeit zu erwarten.

* Maschinenbau-Akt.-Ges., vorm. Starcke & Hoffmann. Das Unternehmen beantragt eine Kapitalerhöhung von 1.25 auf 2.00 Mill. Mark. Die jungen Aktien sollen den alten Aktionskästen im Verhältnis von 3 zu 5 zum Kurs von 110 Proz. angeboten werden. Das Werk ist gut beschäftigt und hofft eine zufriedenstellende Dividende zu verteilen zu können.

* Die Ausfuhrpreise für Draht stellen sich nach Festsetzung der Drahtkonvention beim Export nach Holland für blanken Draht auf 33, verzinkt auf 40, für Drahtstifte auf 38 Gulden pro 100 kg ab Werk.

* Chemische Fabrik Grünau, Landshoff & Meyer, Akt.-Ges., in Grünau bei Berlin. Nach dem Geschäftsbereicht für 1919 erzielte die Gesellschaft einen Bruttoeinnahmen von 3.538.432 G. V. (1.247.474) M. Demgegenüber stellten sich die Umsätze auf 2.816.278 (1.823.474) M. Nach Abschreibungen von 346.048 (290.686) Mark verbleibt ein Bruttoeinnahmen von 432.829 (356.715) M. ein schließlich Vortrag aus 1918. Es gelangt eine Dividende von 12 (10) Proz. zur Ausschüttung. Wie der Geschäftsbereicht weiter ausführt, brachten die ersten Monate des neuen Jahres ein lebhaftes Geschäft nach dem Auslande, das seit Besserung des Marktkurses teilweise ins Stocken geraten ist. Trotzdem sieht die Gesellschaft der Zukunft mit großen Sorgen entgegen, da die Fabrik immer noch ungemein beschäftigt ist. Die Bilanz weist aus: Bestände mit 2.814.842 (1.241.468) M. Debitor mit 848.694 (616.977) M. und Kredite mit 1.515.300 (710.272) M.

* Düsseldorfer Tonwarenfabrik, Akt.-Ges., in Düsseldorf. Wie uns mitgeteilt wird, sind sämtliche Aktien der Gesellschaft von süddeutschen Herren, die der keramischen Industrie nahestehen, erworben worden.

* Die Kleinhändelpreise für Zement sind für Baugeschäfte auf 35 M. für die übrigen Abnehmer auf 38,50 M. pro 50 kg festgesetzt worden.

* Karl Bödicker, Akt.-Ges., in Hamburg. Aus dem Ertrag der Tochtergesellschaft erhalten die Aktionäre einen Bonus; und zwar wird ihnen ein Bezugsrecht eingeräumt auf 100 Gulden-Aktien, die zum Friedenskurs bewertet werden. Ferner erhalten die Aktionäre ein Bezugsrecht von 5 Mill. Mark neue Aktien, die zum Kurs von 1 zu 1 zu 180 Proz. angeboten werden.

* Der Rheinisch-Westfälische Holzhändlerverband ermäßigte die Richtpreise mit Wirkung ab 1. Juli um 10 bis 15 Proz.

Devisenmarkt.

Berlin, 11. Juni

	heutige	Vorher	heutige	Vorher	
	G. V.	G. V.	G. V.	G. V.	
Kredit-Scheck	1.423.691.162,40	1.316.601.161,40	New York	36.70	35.17
Bronze	1.730.000	1.514.65	Paris	257.20	257.40
Chrom	1.300.000	1.200.000	London	700.30	700.20
Kupferlegierung	2.222.660	2.000.000	Stockholm	250.00	200.00
nickel	854.13	850.00	Basel	325.00	325.00
Blaukobolz	164.33	165.30	Hamburg	200.00	170.00
Raten	216.75	220.00	Prag	25.00	25.00
Leder	134.55	134.90	Basel	22.20	22.20

* Ap die ausländischen Zahlungsmittel notierten heute in Düsseldorf: Holländer 1400, Franzosen 300, Belgier 318, Engländer 158, Dollar 38.

* Wien, 10. Juni. Berlin 4.05, Amsterdam 58,75, Zürich 27,90, Kopenhagen 24,00, Stockholm 30,75, Christiania 27,00, Marknoten 4,01. — Prag, Berlin 115,25, Marknoten 114,25, Wien 26,48.

* Paris, 10. Juni. Deutschland 39,35, Amerika 13,06, Belgien 105,00, England 51,15, Holland 47,34, Italien 74,56, Schweiz 236,5%, Spanien 218,5%.

Berliner Börse vom 11. Juni

Die heutige Berliner Börse zeigte recht feste Haltung, ausgehend von der Versteigerung der fremden Wechselkurse. Am Montanmarkt standen oberschlesische Werte im Vordergrund. Bismarckblüte, Kattowitzer, Oberbedarf, Oberkoks, aber auch westliche Werte, wie Gelsen-

Leipziger Tageblatt

kirchen, Lothringer Hütte, Rheinstahl und Rombaicher, konnten sich ansehnlich befestigen. Caro und Hohenlohe neigten anfangs etwas zur Schwäche. Bei den Schiffahrtspapieren waren Hapag und Hanse niedriger, die übrigen wenig verändert. Einzelne Kolonialpapiere, wie Ottavi, Posoma, Kolonialanstalt, Schantungbahn, waren fest. Bei den Elektropapieren waren A. E. G. stark anziehend, ebenso besserten sich Deutsch-Uebersee, Siemens und Schuckert auf. Kaliwerte setzten ihre Steigerung fort. Wiener Papiere waren nach festem Beginn schwach. Von Bankaktien waren Berliner Handels-Gesellschaft anziehend, Deutsche Bank nachgebebt. Sonst sind noch als höher zu nennen Daimler, Deutsche Waffen, Orenstein & Koppel, Zollstoff Waldhof, Hirsch Kupfer brückelten ab.

Geleitet war die Stimmung am Einheitsmarkt. Mit Gewinn verließen den Markt: Zypen-Wissen, Hallische Maschinen, Glaziger Zucker, Eisenbahnverkehrsmitglied. Dagegen brückelten Chemische Heyden, Chemische Union, Düsseldorfer Waggon und Märkisch-Westfälischer Bergwerksverein ab.

Am Markt der amtlich nicht notierten Werte blieben Polyphon mit 192 unverändert. Auch Benz hatten alten Kurs, während Scheidemandt anzogen. Mansfelder Kuxen waren mit 2750 fest.

Deutsche Anleihen waren wenig verändert. Die Kurse von Türken und Mexikanern wurden in die Höhe gesetzt.

Am Devisemarkt herrschte feste Stimmung. Aus dem Auslande wurde die Mark gemeldet: aus Zürich mit 13,85—13,95, Holland 7, Stockholm 11,50—12, Kopenhagen 14,75—15. Deutsche Goldstücke notierten 190, polnische Noten 21,5%, rumänische Noten 84.

Anfangskurse

Wert-Nr.	Best. Voriger	heute	Verd.	Plast. Voriger	Best. Voriger	heute	Verd.
Groß-Britannien	154.—	156.—	2.—	St. Paul's	133.—	88.50	-50.00
Deutschland	155.—	156.—	1.—	W. & R. Co.	135.—	135.—	0.—
Frankreich	156.—	157.—	1.—	W. & R. Co.	136.—	135.—	1.—
Italien	157.—	158.—	1.—	W. & R. Co.	137.—	136.—	1.—
Spanien	158.—	159.—	1.—	W. & R. Co.	138.—	137.—	1.—
Portugal	159.—	160.—	1.—	W. & R. Co.	139.—	138.—	1.—
Ungarn	160.—	161.—	1.—	W. & R. Co.	140.—	140.—	0.—
Österreich-Ungarn	161.—	162.—	1.—	W. & R. Co.	141.—	141.—	0.—
Italienische Republik	162.—	163.—	1.—	W. & R. Co.	142.—	142.—	0.—
Spanien	163.—	164.—	1.—	W. & R. Co.	143.—	143.—	0.—
Portugal	164.—	165.—	1.—	W. & R. Co.	144.—	144.—	0.—
Italienische Republik	165.—	166.—	1.—	W. & R. Co.	145.—	145.—	0.—
Ungarn	166.—	167.—	1.—	W. & R. Co.	146.—	146.—	0.—
Italienische Republik	167.—	168.—	1.—	W. & R. Co.	147.—	147.—	0.—
Spanien	168.—	169.—	1.—	W. & R. Co.	148.—	148.—	0.—
Portugal	169.—	170.—	1.—	W. & R. Co.	149.—	149.—	0.—
Ungarn	170.—	171.—	1.—	W. & R. Co.	150.—	150.—	0.—
Italienische Republik	171.—	172.—	1.—	W. & R. Co.	151.—	151.—	0.—
Spanien	172.—	173.—	1.—	W. & R. Co.	152.—	152.—	0.—
Portugal	173.—	174.—	1.—	W. & R. Co.	153.—	153.—	0.—
Ungarn	174.—	175.—	1.—	W. & R. Co.	154.—	154.—	0.—
Italienische Republik	175.—	176.—	1.—	W. & R. Co.	155.—	155.—	0.—
Spanien	176.—	177.—	1.—	W. & R. Co.	156.—	156.—	0.—
Portugal	177.—	178.—	1.—	W. & R. Co.	157.—	157.—	0.—
Ungarn	178.—	179.—	1.—	W. & R. Co.	158.—	158.—	0.—
Italienische Republik	179.—	180.—	1.—	W. & R. Co.	159.—	159.—	0.—
Spanien	180.—	181.—	1.—	W. & R. Co.	160.—	160.—	0.—
Portugal	181.—	182.—	1.—	W. & R. Co.	161.—	161.—	0.—
Ungarn	182.—	183.—	1.—	W. & R. Co.	162.—	162.—	0.—
Italienische Republik	183.—	184.—	1.—	W. & R. Co.	163.—	163.—	0.—
Spanien	18						